Der Rote Faden - Monatsbrief der SPD Lübeck

Ausgabe September 2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach der Sommerpause gibt es viel zu berichten und viel zu tun: Für uns in Lübeck heißt es jetzt, an unserem neuen Kommunalwahlprogramm zu arbeiten. In der Schreibwerkstatt wird dazu schon diskutiert und geschrieben. Der September ist kommunalpolitisch immer ein wichtiger Monat: Die Haushaltsdebatte in der Bürgerschaft steht an.
Im neuen Landtag geht jetzt die Arbeit richtig los: Unsere neue Abgeordnete Sophia stellt dafür ihr Team vor.
Tim kann über das Bürgergeld berichten, eines unserer zentralen Wahlversprechen. Delara wirft einen Blick über die Grenzen der EU: Bosnien-Herzogowina steckt in einer tiefen Krise.

Heute sind die Themen:

Raus aus den Ferien, rein in die Kommunalpolitik! 2
Ein neues Team für Lübeck 3
Das Bürgeld kommt! 5
Update aus Europa: Die Lage in Bosnien-Herzogowina 7
Acht Monate Wartezeiten bei Psychotherapeuten ist nicht zumutbar! 8
Neuer Ortsverein SPD St. Jürgen 10
Termine 12

Raus aus den Ferien, rein in die Kommunalpolitik!

Peter Petereit, Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaftsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen: Raus aus den Ferien, rein in die Lübecker Kommunalpolitik. Es gibt keine Zeit zu verlieren, denn die Kommunalwahl steht praktisch vor der Tür. Wir arbeiten mit Hochdruck am Programm, um unseren roten Faden über die Legislaturperiode hinaus weiter zu spannen. Das geschieht gerade in der Schreibwerkstatt, wo wir uns intensiv mit dem Wohnungsbau, Klimaschutz und anderen wichtigen Themen in der Hansestadt beschäftigen.

Zum Thema „Klimaschutz durch Stärkung des ÖPNV“ haben wir in der vergangenen Bürgerschaftssitzung am 25. August beschlossen, dass wir die von uns durchgesetzte Abschaffung der Preisstufe III im Busverkehr natürlich als unseren Erfolg feiern können. Wir haben mit unserem Antrag (siehe Anlage), nach vielen Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dafür gesorgt, dass nun möglichst schnell die Preisstufe II für das gesamte Stadtgebiet Lübeck gilt. Einige wenige Haltestellen waren durch den ersten Beschluss nicht erfasst. Der Antrag wurde nun entsprechend ergänzt.

Ein weiteres Thema auf der Bürgerschaftssitzung: Die Skateranlage in Travemünde. Wir wollen dieses Angebot für Jugendliche für Lübeck-Travemünde, und deshalb sollen die Planungen auch zügig vorankommen. Das Geld für die Planung wird in den kommenden Haushalt 2023 eingestellt.

Mit unserer Haushaltsdebatte im September sind wir wieder in Lübeck in der Lage frühzeitig einen Haushalt vorzulegen. Dabei hat unser Bürgermeister Jan Lindenau mit seinem Team wieder sehr gute Vorarbeit geleistet. Der Gesamthaushalt wird die Milliardengrenze überschreiten und der Bürgermeister plant erstmalig mit einem Haushaltsüberschuss. Wir werden in der Bürgerschaftssitzung am 29. September diesen positiven Haushalt beschließen. Wobei davon auszugehen ist, dass der derzeitig geplante Überschuss von rund 1,8 Millionen Euro etwas geringer ausfallen wird, da wir noch einige sozialdemokratische Akzente im Haushalt setzen wollen.

Positiv anzumerken ist, dass in Lübeck weiter in die städtische Infrastruktur investiert wird. Rund 133 Millionen Euro sollen in Brücken, Hafenanlagen, Schulen, Rad- und Fußwege sowie Straßen investiert werden. Erstmals werden die Investitionen bezüglich ihrer Auswirkung auf den Klimaschutz gekennzeichnet.

Die Ausgestaltung des Haushalts macht Mut in diesen schwierigen Zeiten. Wir wollen weiter unsere schöne Hansestadt mit Tatendrang weitergestalten.

Zum Antrag zu den ÖPNV-Preisen
Zum Antrag zur Skateranlage Travemünde

Ein neues Team für Lübeck

Sophia Schiebe, Landtagsabgeordnete

Die ersten Wochen im Landtag vergingen für mich wie im Flug, kaum angefangen ging es kurz darauf in die Sommerpause. Dennoch blieb es für mich weiter spannend, gemeinsam mit meinem neuen „Team-Sophia“ schufen wir die ersten Grundlagen für die nächsten Jahre Landtagsarbeit. Seit Mai begleiten mich Anja, Tamina, Katharina, Lena und Meeno (auf dem Bild von links nach rechts) täglich bei meiner Arbeit und unterstützen mich tatkräftig. Was ihre genauen Aufgaben sind und wie man sie erreichen kann, ist auf meiner Website einzusehen. Vor allem beschäftigte uns die Zielsetzung für die nächsten Jahre und auch die genaue Aufgabenverteilung war Thema. Nach getaner Arbeit ging es für uns schließlich weiter zu unserem Teamausflug. Dieser brachte nicht nur Spaß, sondern förderte auch unseren Zusammenhalt als Team, nun konnte die gemeinsame Arbeit starten. Natürlich war auch für uns ein Thema in diesem Sommer unumgänglich: die Energiekrise. Die stetig steigenden Energiepreise und die stark angespannte Situation durch den russischen Angriffskrieg belasten auch bei uns im Land viele Menschen, sie zu unterstützen wird eine der größten Aufgaben dieser Legislatur. Daher machen wir uns als SPD Fraktion im Landtag stark für eine sozialere Politik in Sachen Energie, durch breit gefächerte Unterstützung für die Schleswig-Holsteiner:innen. Gerade in die erste Landtagswoche nach der Sommerpause versuchten wir unsere Forderung nach einem 100 Mio. € schweren Entlastungspaket

durchzusetzen und hofften auf eine angemessene Reaktion der Regierung. Bisher waren die Vorschläge hierzu schließlich mehr als dürftig. Und auch unsere Forderungen wurden schließlich auf der Sitzung abgelehnt. Besonders in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten sollte nun allen klar sein, dass wir Entlastungen auf ganzer Linie benötigen. Hierzu zählt auch das Abschaffen der KiTa Gebühren, was für mich ein echtes Herzensthema darstellt. Als einziges Bundesland in Norddeutschland erhebt Schleswig-Holstein noch immer, nicht zu verachtende, Gebühren für die Betreuung in Kindertagesstätten und Krippen, besonders für finanziell belastete Familien und Alleinerziehende ist dies ein echtes Problem. Auch der bevorstehende Winter wird hierdurch nicht unbedingt leichter zu bewältigen. Deshalb forderten wir von Schwarz-Grün die sofortige Abschaffung der Kita-Gebühren und zusätzliche Härtefall-Fonds für finanziell stark beanspruchte Familien. So kann es nicht weiter gehen. Ein solider und ernst zu nehmender Plan der Regierung wird jeden Tag notwendiger. Leider lehnte die schwarz-grüne Regierung auch diesen Vorschlag unsererseits ab.

Mit dem Ende des Tankrabatts und des 9€ Tickets steht den Bürger:innen ab September die Abschaffung von gleich zwei erheblichen Entlastungen bevor, um dies wieder auszugleichen reichen die vom Bund beschlossenen Maßnahmen bei Weitem nicht aus. Als neue Landtagsabgeordnete der SPD Lübeck bin ich nicht nur für den gesamten Großraum Lübeck zuständig, sondern teile mir mit meinem Kollegen Martin Habersaat ebenfalls das Gebiet Lauenburg Nord. Für mein Team und mich werden vor allem die Themen, für die ich als Sprecherin in der Fraktion fungiere, rund um KiTa- Kinder und Jugend- und Hochschulpolitik weiter im Fokus stehen, sowie Familienpolitik im generellen und der Bereich Kultur. Außerdem bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag. Sollten hierzu Fragen oder Anregungen aufkommen oder Veranstaltungen stattfinden, freuen mein Team und ich uns ebenfalls immer über eine Nachricht eurerseits. Wir freuen uns auf die nächsten Jahre im Landtag und ziehen ein positives Fazit aus den ersten Wochen!

Das Bürgeld kommt!

Tim Klüssendorf, Bundestagsabgeordneter

Das von Hubertus Heil, unserem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Ende Juli vorgestellte Bürgergeld wird kommen. Ab dem 01.01.2023 wird das Bürgergeld, mit angemessener Erhöhung der Regelsätze, eingeführt und Hartz 4 abgelöst. Geöffnet wird damit nicht nur die Tür zu mehr sozialer Sicherheit in der modernen Arbeitswelt, sondern auch zu mehr Anerkennung für den Beitrag eines jeden Einzelnen.

Das Bürgergeld soll als Grundsicherung für Arbeitsuchende dienen, die keine oder nur wenige Rücklagen haben. Wir sorgen mit dem Bürgergeld für mehr Bürgerfreundlichkeit, Chancen und Sicherheit und sorgen für den Abbau von bürokratischen Hürden, die sich bei der Beantragung von Hartz 4 bisher auftun.

Wer sich in einer schwierigen Lage befindet, soll nicht mit zusätzlichen Problemen belastet werden. Dafür gilt für die Dauer von sechs Monaten eine „Vertrauenszeit", in welcher es keine Leistungskürzungen geben wird, wenn eine Pflichtverletzung vorliegt. Dies kann beispielsweise das Ablehnen eines Jobangebots sein oder mangelnde Mitwirkung bei der Stellensuche. An Stelle der Bürokratie und Rechtsfolgen tritt ein Kooperationsplan, welcher als „roter Faden“ betroffenen Bürgern helfen soll. Statt Hürden wird es nun finanzielle Anreize für Weiterbildung geben, damit auf dem Arbeitsmarkt neue Chancen durch Qualifizierung entstehen. Wer keinen Berufsabschluss hat soll diesen nachholen können, ohne gezwungen zu sein einen Aushilfsjob anzunehmen. Es sollen auch diejenigen Qualifizierungen gefördert werden, welche länger als zwei Jahre dauern, bis hin zu einer vollständigen Berufsausbildung.

Außerdem soll vorhandenes Vermögen in den ersten beiden Jahren erst ab einer Grenze von 60.000 Euro angerechnet werden, bei jeder weiteren Person im Haushalt ab 30.000 Euro. Die Menschen, die Bürgergeld beziehen, sollen sich keine Sorgen um ihr Erspartes machen müssen. Auch der Druck sich eine kleinere Wohnung suchen zu müssen, da die momentane Wohnung über dem als „angemessen“ eingestuften Niveau liegt, fällt in den ersten beiden Jahren weg, da wir in diesem Zeitraum die tatsächlichen Kosten

für die Wohnung anerkennen werden. Leistungsempfänger sollen in jedem Fall in ihren Wohnungen wohnen bleiben dürfen.

Mit diesen Maßnahmen sorgen wir nicht nur für eine solidarische Arbeitsversicherung, die hilft, dass Arbeitslosigkeit erst gar nicht eintritt, sondern auch für eine Perspektive für die Menschen, die den Sozialstaat brauchen.

Am 17.08. war die Bundestagsabgeordnete Annika Klose im Rahmen ihrer Sommerreise für einen Tag in Lübeck. Annika Klose ist Berichterstatterin für das Bürgergeld in der SPD Bundestagsfraktion. Gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten wurden viele Fragen rund um das Bürgergeld an diesem Tag mit Vertreter:innen der DGB Gewerkschaften und Betriebsräten aber auch mit Mitgliedern des Sozialverbandes Kücknitz diskutiert. Zum Abschluss des Tages hatten Bürger:innen die Möglichkeit bei einem Infostand auf dem Drehbrückenplatz mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Ein rundum gelungener Tag, der nochmal deutlich machte, wie dringend die Einführung des Bürgergeldes und die Überwindung von Hartz-IV sind.

Update aus Europa: Die Lage in Bosnien-Herzogowina

Delara Burkhardt, Europaabgeordnete

Als der Bosnienkrieg 1992 begann, war ich noch nicht geboren, als er endete war ich gerade 3 Jahre alt. Erst in der Schule lernte ich vom Völkermord in Srebrenica und den 8372 Zivilist*innen, die dabei 1995 von serbischen Truppen hingerichtet wurden. 2017 nahm ich an einem Stück des über 100 Kilometer langen Friedensmarsches teil, der in umgekehrter Richtung der Route folgt, auf der vor 27 Jahren bosnische Muslime aus Srebrenica flüchteten. Eine Erfahrung, die mich bis heute prägt und motivierte, in meiner Arbeit als Europaabgeordnete auch Stellvertretende Vorsitzende der Delegation für Bosnien und Herzegowina zu werden.

27 Jahre nach Kriegsende steckt das Land in seiner tiefsten politischen Krise. Milorad Dodik, das serbische Mitglied im Staatspräsidium des Landes, will die Teilrepublik Srpska vom Rest des Landes abspalten. Mit großserbischem Nationalismus spalten und destabilisieren Dodik und seine Anhänger*innen das Land. In dieser Krise plant Christian Schmidt, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, eine Wahlrechtsreform, welche die ethnische Spaltung des Landes weiter zementieren würde. Ginge es nach ihm, würden Angehörige einer ethnischen Minderheit, der weniger als 3% der Men-

schen in einer Region angehören, von Wahlen ausgeschlossen werden. Das ist mit dem Prinzip fairer Wahlen nicht vereinbar. Trotzdem hören wir in Deutschland oder dem Rest Europas kaum etwas dazu in den Nachrichten. Dabei betrifft es uns alle, ist die Kernfrage doch zutiefst europäisch: Wie können wir ein friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien, Religionen, Kulturen und Sprachen gewährleisten und Vielfalt als Bereicherung sehen, nicht als Bedrohung?

Mehr denn je brauchen die bosnischen Demokrat*innen und die Zivilgesellschaft im Land jetzt die Solidarität und Unterstützung der EU. Deswegen müssen wir erreichen, dass es zu einer Wahlrechtsreform kommt, die eine Demokratie aus Gleichen hervorbringt; Wir müssen mit den gewählten Parlamentarier*innen und der Zivilgesellschaft sprechen, die den Willen zur Zusammenarbeit und Ideen zu ihrer Verbesserung haben. Nicht mit denen, die Hass und Zwietracht säen. Für die braucht es präzise EU-Sanktionen.

Letztlich müssen wir den Beitritt zur EU endlich konkret vorantreiben und den Menschen dadurch eine demokratische Perspektive geben. So können wir verhindern, dass Autokrat*innen wie Putin und seine menschenverachtenden Ideen auf dem Westbalkan an Einfluss gewinnen.

Es ist Zeit, dass wir über die wirklichen Probleme und Perspektiven des Landes sprechen und unsere europäischen Freund*innen in Bosnien und Herzegowina unterstützen!

Acht Monate Wartezeiten bei Psychotherapeuten ist nicht zumutbar!

Sandra Odendahl & Michael Tietz

Bei einem Fachgespräch, zu der die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) geladen hatte, war man sich schnell einig, die Wartezeiten von bis zu acht Monaten auf einen Therapieplatz sind für Patienten unzumutbar. Insbesondere bei den Kindern wird die Lage immer dramatischer. Das ambulante Angebot muss ausgeweitet werden.

Prof. Dr. med. Borgwardt, der Klinikdirektor des Zentrums für Integrative Psychiatrie ZIP und Professor für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität zu Lübeck:

„Wir haben ein großes stationäres und teilstationäres Angebot, welches auch deshalb so hoch sein muss, weil das ambulante Angebot viel zu klein ist. Gerade Schwerstkranke fallen hier durchs Raster, weil die erforderliche langjährige intensive Betreuung vor Ort zu viel Kapazitäten binden würde, werden sie oft gar nicht behandelt. Es fehlt auch ein ganzheitlicher psychiatrisch-psychotherapeu-

tischer Ansatz."

Frau Odendahl, die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ergänzt: „In Schleswig-Holstein gibt es kaum freie Plätze für die stationäre Unterbring und Versorgung von psychisch erkrankten Kindern. Mir sind Fälle bekannt, wo die Kinder in Sachsen behandelt werden mussten, so dass sie aus ihrem familiären Umfeld entrissen wurden, was für den Therapieerfolgt natürlich kontraproduktiv war. Wir brauchen einfach viel mehr Kassenarztsitze"

Folgende Forderungen wurden an die SPD-Politiker geäußert:

Herr Nüsse, der Geschäftsführer der Brücke gGmbH:
„Ausweitung der Ausbildungskapazitäten und Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit mehr Fachkräfte in der ambulanten Versorgung ankommen. Auch die Ausweitung von Gruppentherapie wäre hilfreich, um das Angebot zu erhöhen."
Herr Dr. med. Theine, Facharzt für Psychiatrie & Psychotherapie ergänzt:" Derzeitig versorgen auch sogenannte Nervenärzte zahlreiche psychisch erkrankte Menschen. Diese Kollegen scheiden altersbedingt in einigen Jahren aus und ihre Praxissitze werden oft von Neurologen übernommen. Dabei kommt es schon jetzt zu steigenden Patientenzahlen in den Praxen für Psychiatrie und Psychotherapie. Sowohl die Anzahl an PsychotherapeutInnen als auch PsychiaterInnen ist für die gestiegene Nachfrage nicht mehr ausreichend. Das gilt erst recht für den Bereich der Kinder und Jugendliche."

Alle vier Fachleute sehen auch in der Finanzierung einen Hemmschuh zur Ausweitung des Angebotes, oft streiten mehrere Kostenträger: Krankenkassen-, Rentenversicherung etc. darum, wer zuständig ist.
Herr Nüsse: „Besser wäre ein Regionalbudget: Die Therapie kann bei Bedarfsfeststellung gleich beginnen, die Leistungsanbieter versprechen die ausreichende Versorgung für die Region. Durch ein Regionalbudget wird eine Sektorübergreifende Behandlung möglich, orientiert am Bedarf des Patienten, ohne wirtschaftliche Steuerung, sowie es in einem Modellversuch Dithmarschen schon praktiziert wird."

Neuer Ortsverein SPD St. Jürgen

Lennart Diener

Rund 160 Mitglieder der SPD haben einen neuen Ortsverein gegründet: Im Südosten der Stadt umfasst der neu gegründete Ortsverein »SPD St. Jürgen« auch weitestgehend das Gebiet des gleichnamigen Stadtteils. Der Ortsverein ist aus der Fusion der bisherigen Ortsvereine Mühlentor-Ost und Mühlentor-West entstanden.

Auf der konstituierenden Sitzung wurde mit dem 23-jährigen Lennart Diener als Vorsitzenden auch gleich ein junges Gesicht gewählt, der auch im Lübecker Kreisvorstand schon aktiv ist. Aber ihm steht auch viel Erfahrung an der Seite: Im Vorstand sind auch die beiden Bürgerschaftsmitglieder Peter Petereit (stellvertretender Vorsitzender) und Jörg Haltermann. Und auch in den weiteren Vorstandsmitgliedern Konstanze Wagner, Piroska Csösz, Nina Stüven, Vera Grobleben, Markus Roppiler, Volker Krause und Christian Boldt steckt schon gleichsam politische Erfahrung wie auch frische Ideen. So besteht der Ortsvereinsvorstand aus einem bunten Mix vom Studenten über den Handwerker bis hin zum Rentner.

Erster Schritt des Ortsvereins soll nun aber der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils werden. Das ist auch über die digitalen Medien möglich, die SPD St. Jürgen hat eine eigene Homepage (spd-st-juergen.de) und ist auch auf Facebook und Instagram vertreten.

Ortsvereine in der SPD sind die kleinste bei Parteitagen antragsberechtigte Gliederung. Hier tauscht man sich in regelmäßiger und netter Runde über die Themen, nicht nur des eigenen Stadtteils, aus und steht in direktem Dialog mit den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, wie beispielsweise unserem Bundestagsabgeordneten Tim Klüssendorf oder der Landtagsabgeordneten Sophia Schiebe. Gäste und Interessenten sind stets herzlich eingeladen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 08. September statt.

Mehr aus der SPD Lübeck

Ein kleiner Pressespiegel rund um unsere Arbeit und Abgeordneten:

Verwaltung hat ihre Hausaufgaben bei der Schulsozialarbeit gemacht (SPD Fraktion Lübeck)

Mehr Grün für den Stadtteil St. Lorenz Nord (SPD Fraktion Lübeck)

Wie wir aufgrund der hohen Energiepreise entlasten (SPD Lübeck)

Schiebe: Land muss sich für Sprach-Kitas einsetzen (Sophia Schiebe)

Wohnraum-Schutzgesetz: Schiebe betont Notwendigkeit (Sophia Schiebe)

Senkung der Kita-Gebühren abgelehnt: Mehr Personal geplant (Sophia Schiebe)

"Die hohen Vermögen müssen mehr beitragen" (Tim Klüssendorf)

"Nur die belasten, deren Vermögen beispiellos gewachsen sind" (Tim Klüssendorf)

Termine

Für Anmeldung und weitere Informationen: 0451 – 7027220, kv-luebeck@spd.de
Alle weiteren Termine finden sich auch auf unserer Homepage: https://www.spd-luebeck.de/termine/
Hinweis zu allen Terminen: Alle Terminen finden unter den Bedingungen der geltenden Corona-Verordnung statt.

24.09.2022, 19:30: Oktoberfest des OV Kücknitz
29.10.2022: Willy-Brandt-Forum
26.11.2022: Kreisparteitag und Kreiswahlkonferenz

Redaktionsschluss der kommenden Ausgaben:
Ausgabe Oktober: 6.10.2022
Ausgabe November: 3.11.2022
Ausgabe Dezember: 1.12.2022

Beiträge aus Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften sind herzlich willkommen! -> newsletter@spdluebeck.de

V. i. S. d. P. Sophia Schiebe und Jörn Puhle
c/o Große Burgstraße 51, 23562 Lübeck
Deutschland